

„Vorsorge Internet“

NEUBURG: Veranstaltung ums schnelle Internet

Auf großes Interesse stieß am Mittwoch die Veranstaltung „Schnelles Internet? – Breitbandversorgung im Kreis Germersheim“ mit Staatssekretärin Heike Raab aus dem Innenministerium in Mainz. Seit Jahren bemühen sich Bewohner der Verbandsgemeinde Hagenbach um eine bessere Internetversorgung.

Wie die Vorsitzende der SPD im Kreis Germersheim, Barbara Schleicher-Rothmund, bei der Begrüßung der rund 60 Gäste im Bürgerhaus betonte, verfolgt die Landesregierung das Ziel einer flächendeckenden Grundversorgung für schnellen Internetzugang. Dabei geht es zunächst um den Aufbau einer Basisinfrastruktur, die den Bedürfnissen der Bürger sowie den Anforderungen der Unternehmen entspricht. Staatssekretärin Raab informierte anschließend, dass die zahlreichen vorliegenden Anträge auf Förderung durch das eigens dafür eingerichtete Breitbandprojektbüro mit Hochdruck bearbeitet würden. Zusätzlich stehe den Betroffenen in Kürze eine Datenbank zur Verfügung, die über den Stand des jeweiligen Antragverfahrens informiert.

Der Unmut zahlreicher Bewohner, insbesondere aus Scheibenhart, Neuburg, Neulauterburg, Hördt und Berg, gründet in der „Unterversorgung“ an Leitungen und Internetzugängen im ländlichen Raum allgemein und dem langwierigen Antragsverfahren für eine Förderung, auf-

grund der EU-Beteiligung. In dünn besiedelten Gebieten sind Schnelligkeit und Leitungen oft ein Problem. Die Gegebenheiten sind von Ort zu Ort verschieden. Ist für einen Ort eine Funklösung (LTE) sinnvoll, ist woanders eine Förderung für Breitband oder die Nutzung des Leerrohrprogramms das Richtige, nicht zu vergessen die eigene Finanzierung oder Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft, wie Raab betonte.

In dünn besiedelten Gebieten sind Schnelligkeit und Leitungen noch ein Problem.

Neu an diesem Abend war die Information aus Mainz, dass LTE, also Funktechnik, im grenznahen Gebiet nun doch überhaupt möglich ist.

Man sei sich bewusst, dass flächendeckende Internetversorgung ein Wettbewerbsvorteil sei, der über Existenzen entscheidet und für Gemeinden im Hinblick auf Gewerbeansiedlungen und Zuzug junger Familien wichtig ist. Das Land wird in den nächsten zwei Jahren zusammen mit EU und Bund 11,3 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Aus Mainz werden voraussichtlich weitere 5 Millionen Euro für schnelles Internet zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung zähle das Internet zur „Daseinsvorsorge“ der Kommunen und möchte sie dabei unterstützen. (red)